

PMI: Endlich Mobilfunksender-Standortkataster

Utl.: Gemeinsame Mastennutzung nur mit Gesundheitsvorsorgegrenzwert, Pflicht zur Immissions-Minimierung und "Verortung" = Wien (OTS) - Die Plattform Mobilfunk-Initiativen begrüßt die Entscheidung von Infrastrukturminister Hubert Gorbach, den seit Jahren von der PMI geforderten öffentlich zugänglichen österreichweiten Mobilfunksender-Kataster bis Herbst zu realisieren und die maximale technische Sendeleistung zu veröffentlichen.

Auch Mikrozellenstandorte müssen erfasst werden:

"Da Mikrozellen meist an Hausfassaden und somit an den Außenwänden von Wohnungen errichtet werden, müssen auch diese im Kataster erfasst werden," fordert Eva Marsalek von der PMI.

Gemeinsame Mastennutzung im verbauten Gebiet derzeit abzulehnen: Da gemeinsame Mastennutzung die Erhöhung der Strahlenbelastung und die Liegenschaftswertminderung auf wenige "Zwangsbeglückte" konzentriert, lehnt die PMI aufgrund

~

- der nicht untersuchten gesundheitlichen Langzeitfolgen von Mobilfunkstrahlung
- des Fehlens der vom Obersten Sanitätsrat geforderten Minimierungspflicht und eines "Vorsorge-Richtwertes" bei Mobilfunksender-Immissionen
- des Fehlens eines "vom demokratisch legitimierten Gesetzgeber festgelegten" Grenzwertes mit Anwendung des EU-Vorsorgeprinzips
- des Fehlens der vom Obersten Sanitätsrat geforderten "Verortung" = Prüfung anhand der örtlichen Gegebenheiten bei der Errichtung von Mobilfunksender
- des völligen Fehlens des demokratischen Rechtes auf Anrainerinformation und Anrainermitsprache bei Errichtung von Mobilfunksendern derzeit die gemeinsame Mastennutzung im verbauten Gebiet insbesondere aus Gründen der Gesundheitsvorsorge ab.

~

Jahrelanger Kompetenzstreit hält an - Lösung nach Vorbild Italiens gefordert:

In Italien wurde bereits 1997 durch die "interministerielle Expertenkommission" des Telekom-, Gesundheits- und Umweltministeriums der weit unter der WHO-Empfehlung liegende und seit 1999 gesetzlich verankerte Vorsorgegrenzwert Italien's erarbeitet.

In Österreich wird aber auch noch 2003 die "heisse Kartoffel" Gesetz zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung immer noch "auf die lange Bank" geschoben.

Die PMI fordert daher einmal mehr die unverzügliche Einberufung des in den Mobilfunk-Petitionen 2002 und 2003 geforderten "interministeriellen Runden Tisches" mit Einbeziehung der PMI als Interessensvertretung der Betroffenen und Mitglied der WHO-Arbeitsgruppe "Vorsorgeprinzip bei elektromagnetischen Feldern".

~

Rückfragehinweis:

DI Dr. med. Hans-Peter Hutter,
Vorstand "ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt"
und "Plattform Mobilfunk-Initiativen"
Tel. 01-4277-64727 oder Tel. 01-216 34 22
mailto:hans-peter.hutter@univie.ac.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0008 2003-06-20/08:34

~

200834 Jun 03

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030620_OTS0008